

DAS NACHRICHTENPORTAL RHEIN-NECKAR

morgenweb

OB-KANDIDAT CHRISTOPHER PROBST IM INTERVIEW:

„Buga ja, aber in den Stadtparks“

ARCHIV-ARTIKEL VOM FREITAG, DEN 15.05.2015

Von unseren Redaktionsmitgliedern Eva Baumgartner und Dirk Jansch

Am 14. Juni wählt Mannheim seinen Oberbürgermeister. Christopher Probst ist einer der Herausforderer von Amtsinhaber Peter Kurz. Der 52-jährige Unternehmer ist Kandidat der Freien Wähler/Mannheimer Liste. Seit Mai 2014 sitzt er im Gemeinderat. Im Interview mit dem "MM" spricht er über seine Ziele.

Sie sind in Mannheim aufgewachsen, haben einige Zeit in Speyer gelebt, sind aber dann in die Quadrate zurückgekehrt - was fasziniert Sie so an Mannheim?

Christopher Probst: Mannheim hat unheimlich viele Facetten, ein gigantisches Kulturangebot, ist aber gleichzeitig auch eine Stadt, in der hart gearbeitet wird. Dieser Nimbus der Industriestadt hat mich immer fasziniert. Dann der Hafen. . . Mannheim hat eine gewisse Bodenständigkeit und Direktheit, ist aber auch offen für Einflüsse von außen.

Was war der Grund für Sie, in die Politik zu gehen?

Probst: Ich war schon immer politisch aktiv. Als ich nach Mannheim zurückkam, wollte ich mich primär um die Mannheimer Stadtpolitik kümmern - ohne ideologischen Überbau. Da hat sich die Mannheimer Liste angeboten.

Sehen Sie diese Parteiunabhängigkeit als Vorteil gegenüber Ihren Mitbewerbern?

Probst: Parteiunabhängigkeit ist mir sehr wichtig. Als Oberbürgermeister sollte man Beziehungen zu allen Bürgern pflegen. Ich bin dadurch offener und kann ganz unbefangen mit allen Leuten reden. Probleme geraten oft in ein ideologisches Fahrwasser, es entstehen Prestigeprojekte. Das ist nicht zielführend.

Sie haben keinerlei Verwaltungserfahrung. Ein Nachteil für Ihre Kandidatur?

Probst: Nein. Die Frage ist, will man die Stadt verwalten oder will man sie gestalten? Ich habe als Unternehmer sicherlich einen anderen Blickwinkel auf die Stadt als meine beiden Mitbewerber. Nach klassischem Verständnis ist die Demokratie die Herrschaft der Nichttechnokraten, rein aus Kontrollzwecken, um die Technokraten eben nicht an die Spitze politischer Entscheidungsprozesse kommen zu lassen.

Das sagt doch einiges darüber aus, wie Verwaltung funktionieren sollte.

Probst: Die Verwaltung muss bürgernäher sein. Sie ist ein Dienstleistungsbetrieb, der von den Bürgern bezahlt wird. Da wünscht man sich zum Beispiel schon eine zügigere Bearbeitung von Bauanträgen oder eine besser abgestimmte Koordinierung der Baustellen im Stadtgebiet.

Trotzdem: Meinen Sie nicht, dass die Wähler einem amtierenden Oberbürgermeister eher zutrauen, die Geschicke der Stadt zu lenken?

Probst: Natürlich hat der Oberbürgermeister einen Amtsbonus und Erfahrung, aber die Demokratie lebt auch vom Wechsel, und vielleicht wird man ja auch mit der Zeit ein wenig betriebsblind und läuft gelegentlich Gefahr, den Instinkt zu verlieren für das, was die Bürger wollen.

Sie sind für die Abschaffung des fünften Dezernats. Was haben Sie denn gegen Frau Kubala?

Probst: Das hat überhaupt nichts mit Frau Kubala als Person zu tun. Ich habe nur etwas gegen Proporzbesetzung, und das war eindeutig eine. Man hätte die Dezernentenbank nicht einfach ausweiten sollen. Die Kosten dafür liegen immerhin bei 1,2 Millionen Euro insgesamt. Das ist Geld, das die Stadt nicht ausgeben müsste. Sie hat eine hervorragende Verwaltung mit tollen Amtsleitern.

Die Stimmung in Sachen Buga in der Stadt ist gespalten, hat sich laut MM-Bürgerbarometer sogar gedreht. Was ist Ihrer Meinung nach falsch gelaufen? Die ML fordert ja den Ausstieg aus dem Vertrag mit der Buga-Gesellschaft, bevor es richtig teuer wird.

Probst: Auch die ML hat 2012 den Antrag gestellt, dass wir die Buga auf Spinelli wollen. Es ist aber souverän, wenn man Fehler erkennt und revidiert. Wir haben uns zu sehr von dem Event von 1975 blenden lassen. Aber das waren ganz andere Voraussetzungen. Es gab dadurch eine Stimmung, die die ganze Stadt erfasst hat. Das Spinelli-Gelände bietet dafür einfach nicht die Voraussetzungen.

Deshalb hat man ja die Au mit dazu genommen. . .

Probst: . . . und damit die Büchse der Pandora geöffnet. Die Riedbahnparallele war ursprünglich mit 7,5 Millionen Euro kalkuliert, dann sind die Kosten auf 11 Millionen Euro gestiegen, dann ist klar geworden, dass die Schützengesellschaft ja eine neue Vereinsanlage braucht - wieder kamen 6,5 Millionen dazu.

Alles für den Grünzug Nord-Ost.

Probst: Nur, dass sich durch die Lärmschutzmaßnahmen die Frischluftzufuhr in die Stadt gegenüber dem jetzigen Zustand um 4,8 Prozent vermindert. Auch den Wegfall von Kleingärten halte ich für sehr problematisch. Die Kosten sind gigantisch, am Ende wird einfach kein Geld mehr für die Satelliten da sein - und wir haben keine Verbesserung.

Aber ganz auf die Buga wollen ja auch Sie nicht verzichten.

Probst: Wenn schon Buga, dann am Hauptspielort Luisenpark. Man könnte die Anlage nach Süden hin erweitern und bis zur Kurpfalzbrücke das Neckarvorland mit einbeziehen. Wir haben doch jetzt schon einen großen Instandhaltungsrückstau im Luisenpark und im Herzogenriedpark, und wir wissen, dass wir dieses Geld sowieso in die Hand nehmen müssen. Da können wir auch gleich mit der Buga die Parks für die nächsten Jahrzehnte fit machen.

Und was wird aus Spinelli?

Probst: Der Grünzug Nord-Ost steht natürlich außerhalb der Diskussion, aber ohne Buga hätten wir Zeit, um ihn in Ruhe zu entwickeln. Wir machen daraus einen öffentlich zugänglichen pflegeleichten Landschaftspark, also das, was er am Ende ja auch sein soll.

Politisch liegt das Projekt Buga erst einmal auf Eis.

Probst: Der OB hat es ganz bewusst aus dem Wahlkampf herausgehalten. Man hätte politisch die Verlegung der Straße Am Aubuckel längst im Herbst 2014 entscheiden können.

Konversion ist ein großes Thema, das die Stadtentwickler über Jahre hinweg beschäftigen wird. Sind hier Ihrer Meinung nach die Weichen richtig gestellt worden?

Probst: Bei Turley ist man auf einem guten Weg, das ist durchaus ein sympathisches und gutes Projekt. Auf Taylor sind leider bisher nur Logistikunternehmen angesiedelt worden, deshalb muss die Anbindung an die B 38 dringend gelöst werden. Bei Coleman sollte man trotz der eingetretenen Verzögerung die Planungen nicht außer Acht lassen.

Und Benjamin Franklin Village?

Probst: Es ist gut, dass auf Franklin ein hoher Eigentumsanteil gebildet wird. Gerade in der Offizierssiedlung hätte man aber die einmalige Chance gehabt, eine andere Entwicklung zu machen als die übliche Nachverdichtung. Ich fände hier eine großzügigere Planung besser und hätte den Mut, die Siedlung so zu belassen wie sie ist.

Buga und Konversion sind Themen, die mit der Teilhabe der Bürger an politischen Prozessen zu tun haben.

Hier knirscht es bisweilen noch. Was würden Sie besser machen als der Amtsinhaber?

Probst: OB Kurz kommt mir manchmal vor wie der Zauberlehrling.

Wie meinen Sie das?

Probst: Man weckt natürlich gewisse Erwartungen. Sie bekommen eine ganz große Masse von Menschen, in der jeder für sich glaubt, das Richtige zu wollen, und es wird unheimlich schwer, all diesen Vorstellungen gerecht zu werden.

Was kann man machen?

Probst: Ich habe kein Patentrezept. Ich weiß nur eines: Der wesentliche Transmissionsriemen zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung sind die Parteien und Vereinigungen wie die ML. Von daher ergeht mein Appell, sich wieder mehr politisch zu engagieren. Auch auf diesem Weg kann man ganz viel erreichen.

Mannheim hat in Baden-Württemberg die höchste Gewerbesteuer. Das müsste einen Unternehmer wie Sie doch besonders fuchsen?

Probst: Tut es auch. Der höchste Satz in Baden-Württemberg muss nun wirklich nicht sein, das ist kontraproduktiv. Ich plädiere für eine Absenkung auf das Stuttgarter Niveau, damit wir wenigstens nicht mehr haben als die Landeshauptstadt.

Was halten Sie vom Wirtschaftsstandort Mannheim? Investitionen in Q 6/Q 7, das Glücksteinquartier oder auch die Kreativwirtschaft - das zeugt doch von einer gewissen Aufbruchstimmung in der Stadt. . .

Probst: Das Glücksteinquartier ist inzwischen hochproblematisch, das wird uns noch über Jahre beschäftigen. Es gibt auch nicht unendlich viele Mieter von Büroflächen, die dort hinziehen möchten. Beim Post-areal werden noch weitere Flächen hinzukommen. Q 6/Q 7 ist eine tolle Entwicklung für die Stadt. Auch das Hotel ist notwendig, gerade für den Kongressstandort. Alles rund um die Kreativwirtschaft gibt Mannheim zumindest ein modernes Image. Was wirtschaftlich dabei hängen bleibt, kann ich nicht beurteilen.

In den Stadtteilzentren läuft es nicht so rund. . .

Probst: Das Zentrenkonzept muss unbedingt weiterentwickelt werden. Und wir sehen ja: Dort, wo wir uns nicht strikt daran gehalten haben, gibt es Probleme. Ich würde es begrüßen, wenn die Wirtschaftsförderung den Fokus mehr auf die Vororte richtet und gemeinsam mit den Selbstständigen vor Ort Konzepte erarbeitet.

Wie beurteilen Sie die Finanzlage der Stadt? Sind die Steuergelder der Mannheimer gut investiert?

Probst: Die Verschuldung der Stadt ist sehr hoch, und die Frage ist: Wie kann man davon wieder runterkommen? Der Sanierungsrückstau beträgt zwischen 800 Millionen und einer Milliarde Euro. Wir bräuchten eine Art Gebäudeatlas, um zu wissen, was Sache ist. Wir können keine Großprojekte mehr draufpacken.

Beim Thema Sauberkeit reißen die Beschwerden trotz verstärkter Bemühungen nicht ab.

Probst: Hier müssen wir auch im Bereich des Kommunalen Ordnungsdienstes vermehrt tätig werden. Ein gutes Beispiel ist die Citystreife. Es wurden über 4000 Delikte in nur drei Monaten festgestellt. Eine Aufstockung des KOD ist notwendig.

Von wie vielen Leuten sprechen Sie?

Probst: Das müssten schon bis zu 20 Leute mehr sein.

Entgegen der sinkenden Kriminalitätsrate fühlen sich viele Bürger unsicher in der Stadt. Ein rein subjektives Sicherheitsempfinden?

Probst: Ich teile diese Empfindung. Vier von acht meiner Wahlkampfmitarbeiter sind in letzter Zeit Opfer von Kriminalität geworden. Polizei ist Landessache, aber ich habe schon das Gefühl, dass es in Mannheim zu wenig Polizei gibt. Da muss man eben entsprechenden Druck in Stuttgart machen.

Der ÖPNV in Mannheim ist einer der teuersten in Deutschland. Bekommt man das nicht irgendwie günstiger

hin?

Probst: Schwer. Der ÖPNV ist ja schon hoch subventioniert. Das Angebot ist gut und wird auch ordentlich angenommen. Man kann nicht alles haben. Irgendwer muss am Ende auch dafür bezahlen.

Der Bahnlärm nimmt immer mehr zu. Was kann die Stadt dagegen tun?

Probst: Hier hat die Stadtverwaltung gewisse Dinge schleifen lassen. Der Gemeinderat ist noch nicht ansatzweise mit dem Problem beschäftigt worden. Die Tatsache, dass wir zehn Jahre lang für den ICE-Knotenpunkt gekämpft haben, darf nicht dazu führen, dass wir jetzt die Augen davor verschließen, dass wir den ganzen Güterverkehr abbekommen.

Das Interview entstand mit Unterstützung unser Leser Manfred Fischer, Albert Faissner, Gisela Stark, Ömer Dag, Peter Straetmans, Friederike und Karl Jöst, Kurt Krieger und Doris Franke-Gützlauff, die uns Fragen zugeschickt haben.

© Mannheimer Morgen, Freitag, 15.05.2015